

Im Dialog mit Vertretern der europäischen Organe, der OSZE und nationaler Regierungen informiere Oberrabbiner Goldschmidt regelmäßig über den Zustand der jüdischen Gemeinschaft, diskutiere die Bedrohungen des Antisemitismus und kämpfe gegen die Einschränkung religiösen Lebens in Europa, hieß es weiter. Als Repräsentant einer der ältesten religiösen Minderheiten in Europa hat er es sich nach eigenen Angaben zum Ziel gesetzt, „dabei behilflich zu sein, diesen schwelenden Antagonismus und den Konflikt zu beenden, der sich als größte Gefahr für die Einheit und die Sicherheit Europas in den kommenden Jahren erweisen könnte“.

Pinchas Goldschmidt wurde am 21. Juli 1963 in einer jüdisch-orthodoxen Familie in Zürich geboren. Nach rabbinischen Studien in Israel und den USA erhielt er 1987 die Semicha, die formelle Einsetzung als Rabbiner. Zudem erwarb er den Master-Grad in Talmudischer Jurisprudenz und einen Master of Science. Goldschmidt ist verheiratet und Vater von sieben Kindern.

Der 1950 erstmals verliehene Aachener Karlspreis gilt als eine der wichtigsten europäischen Auszeichnungen. Zu den Preisträgern gehört unter anderem Altbundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der französische Präsident Emmanuel Macron und Papst Franziskus. Im vergangenen Jahr wurden der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und das ukrainische Volk mit dem Karlspreis geehrt.

www.karlspreis.de

Nahostkonflikt: Friedensbewegung hofft auf Deutschland als Vermittler

Schwerte (epd). Die israelisch-palästinensische Friedensbewegung „Combatants for Peace“ wünscht sich eine stärkere Rolle Deutschlands als Vermittler im Nahostkonflikt. „Es reicht nicht, nur Waffen an Israel zu liefern, ohne sich Gedanken über die Gesellschaft zu machen“ sagte Rana Salman, Ko-Direktorin der Bewegung, am Donnerstagabend bei einer Online-Diskussion der Evangelischen Akademie Villigst. Sie erhoffe sich von Deutschland und der internationalen Gemeinschaft konkrete Friedensinitiativen. „Ich sehe Chancen“, sagte die in Bethlehem lebende palästinensische Friedensaktivistin.

Salman bezeichnete es vordringlich, wieder sichere Räume zu finden, um Kontakte zwischen Israelis und Palästinensern aufzubauen. „Die Menschen haben sonst keine Möglichkeit, sich friedlich zu begegnen.“ Es brauche die persönliche Begegnung, um gegenseitigen Vorurteile zu überwinden und miteinander ins Gespräch zu kommen, betonte sie.

Gesellschaft

Gesellschaft

Die Arbeit der 2006 gegründeten jüdisch-palästinensische Bewegung, die heute weltweit agiert, hat sich seit dem Überfall der Hamas auf Israel grundlegend verändert. Das Ziel, Juden und Palästinenser zusammenzuführen, sei nach dem 7. Oktober erheblich schwieriger geworden, erzählten Salman und ihr israelischer Kollege Yair Bunzel. Das schließe die Suche nach sicheren Räumlichkeiten für solche Treffen ein.

Bunzel, der in einem 40 Kilometer entfernten Ort von der libanesischen Grenze lebt, berichtete, dass die Friedenskombattanten zum Beispiel Hirten zu ihren Weideplätzen im Jordantal begleiten. Nach dem 7. Oktober hätten die Übergriffe durch israelische Siedler und Soldaten zugenommen, sodass heute ein Schutz der Schäfer an sieben Tagen der Woche und rund um die Uhr nötig sei.

Die Friedensbewegung lädt auch in diesem Jahr zu einem weltweiten Gedenk- und Versöhnungstag ein. Im vergangenen Jahr hatten am 18. „Memorial Day“ im April 15.000 Menschen vor Ort in Israel und über 200.000 im Internet teilgenommen, wie es hieß.

Migrationspolitik: Pro Asyl wirft CDU „neokoloniale Politik“ vor

Berlin/Essen (epd). In der Debatte um schnellere Rückführungen von Asylsuchenden aus Deutschland in sogenannte Drittstaaten hat die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl das neu beschlossene Grundsatzprogramm der CDU scharf kritisiert. „Die Vorschläge, die nun auch in Deutschland von der CDU kommen, sind nichts anderes als neokoloniale Politik. Frei nach dem Motto: Wir lagern alle Verantwortung für Schutzsuchende aus“, sagte der Geschäftsführer Karl Kopp den Zeitungen der Essener Funke Mediengruppe (Freitag).

Asylverfahren in Drittstaaten in Afrika auszulagern unterhöhle das deutsche und europäische Asylrecht, erklärte Kopp. „Werden Menschen nach Ruanda geschickt, so wie es Großbritannien nun plant, kann niemand mehr die Einhaltung von rechtsstaatlichen Verfahren gewähren.“ Die Menschenrechtslage in Ruanda sei fragil. „Es sind Menschenrechtsverletzungen, Kettenabschiebungen zu befürchten, auch Gewalt gegen Geflüchtete.“

Gerichte in Deutschland hätten in der Vergangenheit Abschiebungen etwa nach Griechenland abgelehnt, weil dort nach Ansicht der Richter Standards der Menschenwürde nicht eingehalten werden. „Und nun reden wir über Abschiebungen nach Ruanda - das ist der Ausstieg aus dem Flüchtlingsschutz“, sagte Kopp den Funke-Zeitungen.

Im jüngst beschlossenen neuen CDU-Grundsatzprogramm fordert die Partei unter anderem einen radikalen Systemwechsel in der Asylpolitik. Dabei setzt sie auf das Konzept der sogenannten sicheren Drittstaaten, wie es die konservative